

Die Erdgaskrise, die nicht kam

Europa hat den Winter ohne eine Mangellage überstanden – doch die Ruhe ist trügerisch

GERALD HOSP

«Die Energieversorgung der Schweiz ist derzeit sichergestellt.» So trocken und klar fällt die jüngste Einschätzung des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung aus. Ende März lief auch die Empfehlung des Bundesrats aus, die Zweistoffanlagen von Erdgas auf Heizöl umzuschalten. Während vor dem Winter die Begriffe Gas- und Strommangellage ständige Begleiter in der öffentlichen Diskussion waren, scheint jetzt beinahe alles vergessen zu sein.

Dabei ist der russische Krieg gegen die Ukraine bereits ins zweite Jahr gegangen, und die russischen Erdgaslieferungen nach Europa werden wohl auf absehbare Zeit so spärlich fließen wie seit Mitte vergangenen Jahres. Der Terminmarktpreis für Erdgas in Europa ist aber seit dem Höhenflug von mehr als 300 Euro je Megawattstunde im August 2022 stark gesunken – derzeit notiert der Preis anhand der Handelsplattform TTF bei knapp 43 Euro. Gleichzeitig ist die Heizperiode zu Ende gegangen, und die Erdgasspeicher in Europa sind immer noch zu 56 Prozent gefüllt, was für diese Jahreszeit überdurchschnittlich ist.

Das Wetter ist unvorhersehbar

Ist damit die Erdgaskrise abgewendet? In der Branche und unter Experten wird davor gewarnt, allzu nachlässig mit diesem Risiko umzugehen. Vor allem der nächste Winter dürfte ein Test dafür sein, auf wie sicheren Beinen die europäische und damit auch die schweizerische Gasversorgung steht, zumal die Schweiz über keine eigenen Gasspeicher verfügt. Der Gaspreis ist zudem ein wichtiger Faktor für die Strompreise in Europa.

«Die Gaskrise ist definitiv noch nicht vorüber», sagt György Vargha, der Leiter des Gashandels des in Baar angesiedelten Energieunternehmens MET Group. Laut Vargha sind die fehlenden russischen Erdgaslieferungen nach Europa zur Hälfte durch zusätzliche Mengen an Flüssigerdgas (LNG) ersetzt worden. Die andere Hälfte wurde durch eine geringere Nachfrage der Unternehmen und Endkonsumenten sowie durch eine milde Witterung eingespart.

Diese Beobachtungen liefern auch die kritischen Faktoren für die nächste Zeit: Das Wetter ist unvorhersehbar. Dabei geht es nicht nur darum, wie kalt es im kommenden Winter werden wird, was einen grossen Einfluss auf den Gasverbrauch hat. Problematisch wäre auch eine Hitzeperiode im Sommer, wie sie bereits vorhergesagt wird. Hitze bedeutet unter anderem niedrige Pegelstände der Flüsse, was den Transport von Energiegütern über Verkehrsadern wie den Rhein beeinträchtigen würde. Es würde aber auch Wasserkraftwerke treffen.



Das Spezialschiff für Flüssigerdgas «LNG Coral Furcata» auf dem Weg zum Industriehafen von Lubmin.

K. BOCSI / BLOOMBERG

Hitze heisst zudem wärmeres Flusswasser, was ein Problem für die Kühlsysteme mancher Kernkraftwerke wie in Frankreich sein könnte. Das grössere Problem im vergangenen Jahr war aber, dass in Frankreich im Sommer und Herbst die Hälfte der Atommeiler wegen Wartungsarbeiten und Untersuchungen auf Korrosionsschäden nicht einsatzfähig waren. Dies führte auch zu erhöhter Nachfrage nach Kohle und Gas zur Verstromung.

Derzeit sind 36 von 56 Atomkraftwerken in Betrieb. Wegen des Streikrisikos in Frankreich hält die Unsicherheit an, wie parat die Meiler sein werden. Dies schlägt sich auch in den Strompreisen für Lieferungen Ende Jahr nieder, die für Frankreich höher sind als für Deutschland.

Der Rückgang der Gasnachfrage hat einiges an Volumen eingespart. Mit sinkenden Preisen warfen manche Unternehmen aber wieder Produktionsanlagen an, deren Betrieb sie zuvor eingestellt hatten. Zudem ist unklar, ob gewisse Massnahmen der Firmen und Haushalte zur Energieeffizienz auch langanhaltende Einsparungen bringen. Vargha stellt zudem fest: «Wir befinden uns auch in einer Krise, solange Unternehmen sagen, dass sie bei diesen Energiepreisen nicht produzieren können.»

Wenn das Bewusstsein einer Krisensituation schwindet, dürfte auch die Nachfrage zurückkommen, vor allem

bei den Haushalten. Die Behörden stecken dabei in einem kommunikativen Dilemma: Sollen sie die Lage etwas überdramatisiert darstellen, damit die Bevölkerung achtsam beim Energieverbrauch bleibt?

Dadurch soll auch einer Krise vorbeugend entgegengewirkt werden, die dann womöglich nicht eintritt, was zur Kritik einer Dramatisierung führen kann. Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung empfiehlt zumindest jetzt schon, auch die wärmere Jahreszeit zu nutzen, um sich auf den kommenden Winter vorzubereiten.

Infrastruktur steht noch nicht

Europa hatte im vergangenen Jahr auch so viel Flüssigerdgas wie noch nie importiert, um russisches Gas zu ersetzen.

Problematisch wäre eine Hitzeperiode im Sommer wegen tiefer Pegelstände und zu warmen Flusswassers zur Kraftwerk Kühlung.

Wenn der europäische Gaspreis jedoch sinkt, wird tendenziell vermehrt LNG von Europa in asiatische Länder umgelenkt, die einen höheren Preis zu zahlen bereit sind. Ein grosses Fragezeichen steht derzeit noch hinter der Nachfrage aus China und hinter der Entwicklung der Weltwirtschaft.

Für Norbert Rücker, Energieexperte der Bank Julius Bär, ist klar, dass die europäischen Gas- und Strompreise nun vom globalen LNG-Preis bestimmt werden. Er ist zuversichtlich, dass sich die Lage am Energiemarkt ab 2024 normalisieren werde. Bis dahin ist aber das neue Angebot beschränkt. Erst in rund zwei Jahren werden grössere Projekte in den USA, Kanada oder Katar an den Markt kommen und den Druck auf die Preise dämpfen.

Deutschland, das bisher keine Terminals für den Import von LNG hatte, baute in Rekordzeit solche Anlagen auf. Dadurch sollte die grösste Volkswirtschaft der EU ihren Energiebedarf flexibler als früher decken können. Jörg Selbach-Röntgen, der Deutschland-Chef von MET, gibt jedoch zu bedenken: «In Deutschland gibt es noch immer die weitverbreitete Ansicht, dass LNG gewissermassen auf magische Weise

kommt. Die Infrastruktur gebaut zu haben, reicht aber nicht.» Bis jetzt fließen die LNG-Mengen noch nicht in nennenswertem Umfang.

Produzenten von Flüssigerdgas pochen beim Verkauf gerne auf Langfristverträge, um ihre Investitionen abzusichern. Käufer hingegen hätten lieber kürzer laufende Verträge, zumal die Energiepreise die Nachfrage nach dem fossilen Brennstoff Erdgas unsicher macht. Dieser Interessenkonflikt bedeutet aber auch hohe Preise in der kurzen Frist, wenn die Nachfrage gross ist.

Bei MET ist man der Überzeugung, dass in diesem Jahr die Gaspreise zwar nicht mehr die schwindelerregenden Höhen von 2022 erreichen werden. Die Preisspanne könne aber zwischen 30 und 90 Euro pro Megawattstunde betragen und je nach Ereignis auch den Wert von 100 Euro übersteigen, was erheblich teurer wäre als der Durchschnitt in den Jahren vor der Energiekrise. Das jetzige Preisniveau könnte deshalb für Unternehmen trügerisch sein, die keine Vorkehrungen für steigende Preise trafen.

Russland liefert Flüssiggas

Bei all den Anstrengungen, die Europa getroffen hat, um vom russischen Gas wegzukommen, kann der Kreml dennoch weiterhin die Lage am Markt beeinflussen. Russland liefert weiterhin Erdgas nach Europa, auch wenn es nurmehr ein Fünftel des früheren Volumens per Pipeline ist. Wenn diese Mengen auch noch ausfallen, wird es wieder enger.

Zudem kamen im vergangenen Jahr laut Zahlen des Branchendienstes ICIS rund 13 Prozent des von Europa importierten Flüssigerdgas aus Russland. Bereits gibt es in der EU Bestrebungen, diese Lieferungen zu untersagen. Aber auch Russland könnte damit spielen, diese zu drosseln. Gasanalytiker von ICIS gehen aber nur von geringen Auswirkungen aus, falls solche Szenarien eintreffen sollten.

ICIS spricht zwar auch davon, dass die Krise noch nicht vorüber sei, eine Nachlässigkeit gegenüber dem Problem habe sich in Europa aber nicht eingenistet. So hätten sich die EU-Staaten bereits darauf verständigt, wie im vergangenen Jahr den Gasverbrauch freiwillig um 15 Prozent gegenüber dem Durchschnitt zwischen 2017 und 2022 zu senken. In der Schweiz wurde die Verordnung über eine Gasreserve für ein Jahr verlängert. So bleibt es wohl eine Gratwanderung, ob in den Wintermonaten die Schweizer Behörden auch weiterhin vermelden können: «Die Energieversorgung der Schweiz ist derzeit sichergestellt.»

IN KÜRZE

Glencore erwägt besseres Angebot für Teck

(dpa) · Das Schweizer Rohstoffunternehmen Glencore umwirbt die Aktionäre der kanadischen Bergbaufirma Teck, mit der es fusionieren will. Es stellte den B-Aktionären am Mittwoch in einem offenen Brief eine Verbesserung seines Angebots in Aussicht. Dieses umfasste bisher 23 Milliarden US-Dollar. Glencore will das kombinierte Kohlegeschäft nach der Fusion in ein neues Unternehmen, CoalCo, ausgliedern, der Rest soll als MetalsCo weitermachen. Die Kontrollmehrheit an Teck halten die japanische Sumitomo Metal Mining und die Keevil-Familie über die stimmungswichtigen A-Aktien. Sowohl sie als auch das Management von Teck lehnen die Avancen von Glencore ab.

Neue Warnstreiks in Deutschland

(Agentur) · Bahnreisende müssen sich am Freitag erneut nach Alternativen umsehen: Wegen eines mehrstündigen bundesweiten Warnstreiks der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) am Morgen und am Vormittag werden zumindest in der ersten Tageshälfte der Fern- und der Regionalverkehr weitgehend zum Erliegen kommen. Die Schwestergewerkschaft Verdi hat zudem für Donnerstag und Freitag zu Warnstreiks an den Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Hamburg aufgerufen. Auf der Website der Deutschen Bahn hiess es am Mittwoch, dass der Fernverkehr von 3 bis 13 Uhr eingestellt werde. Danach solle er schrittweise wieder hochgefahren werden.

Morgan Stanley verbucht ein mühsames Quartal

(dpa) · Das US-Geldhaus Morgan Stanley hat zu Jahresbeginn angesichts einer anhaltenden Flaute im Investment Banking deutlich weniger Gewinn gemacht. Im ersten Quartal ging das Nettoergebnis im Jahresvergleich um 19 Prozent auf 3,0 Milliarden Dollar zurück, wie Morgan Stanley am Mittwoch mitteilte. Insgesamt fielen die Erträge um 2 Prozent auf 14,5 Milliarden Dollar. Die Bank verbuchte einen elfprozentigen Anstieg der Erlöse in der Vermögensverwaltung. Dem standen jedoch deutliche Rückgänge im Handelsgeschäft mit Aktien und Anleihen gegenüber. Aufgrund des schwierigen Marktumfelds halten sich Firmen zudem weiter mit Börsengängen, Fusionen und Übernahmen zurück, was die Einnahmen im Investment Banking um fast ein Viertel drückte. Höhere Rückstellungen für Kreditausfälle belasteten den Nettogewinn zusätzlich.

ASML schneidet im Quartal besser ab als erwartet

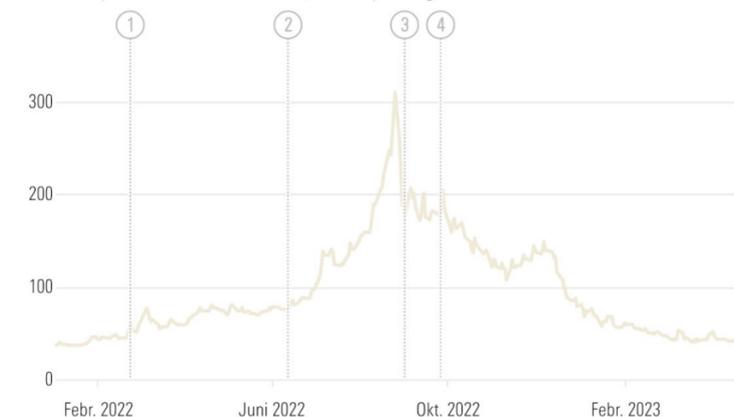
(dpa) · Der Chipausrüster ASML hat im ersten Quartal durch eine schnellere Installation seiner Systeme seine Erwartungen und die des Marktes übertroffen. Der Umsatz stieg von 6,4 Milliarden Euro im Vorquartal auf 6,75 Milliarden Euro, wie das Unternehmen am Mittwoch in Veldhoven mitteilte. Insgesamt sei die Nachfrage höher als die Kapazitäten, kommentierte der Vorstandschef Peter Wennink die Lage. Unter dem Strich verdiente ASML knapp 2 Milliarden Euro, verglichen mit 1,8 Milliarden Euro im Vorquartal. Für das zweite Quartal stellt ASML einen Umsatz von 6,5 bis 7 Milliarden Euro in Aussicht.

Milliarden-Staatsfonds zur Rohstoffsicherung

(Bloomberg) · Die Bundesregierung plant laut informierten Kreisen die Einrichtung eines staatlichen Fonds im Wert von bis zu 2 Milliarden Euro, der den Abbau von Rohstoffen finanzieren soll, die für die ökologische Transformation des Landes wichtig sind. Damit soll der Rohstoffzugang gesichert und die Abhängigkeit von China verringert werden.

Der europäische Erdgaspreis ist stark gesunken

Terminmarktpreis Dutch TTF Natural Gas, in Euro pro Megawattstunde



① Invasion der Ukraine durch Russland (24. Februar 2022).

② Gazprom drosselt die Gaslieferungen durch Nord Stream 1 (Mitte Juni 2022).

③ Kompletter Lieferstopp über Nord Stream 1 (Anfang September 2022).

④ Zerstörung von Nord Stream.

QUELLE: INTERCONTINENTAL EXCHANGE

NZZ / fsl